

# Antragsbuch

mit den Empfehlungen der Antragskommission  
des SPD Berlin-Kreis 12 Reinickendorf

zur Kreisdelegiertenversammlung (KDV) am 22. November 2025

im Fontane-Haus, Berlin-Reinickendorf

Fassung vom 19.11.2025

## Inhaltsverzeichnis

### 1. Klima, Umwelt & Nachhaltigkeit

- |             |   |    |
|-------------|---|----|
| • Antrag 01 | Verpackungssteuer für Berlin einführen.           | 02 |
| • Antrag 02 | Erhaltung und Pflege des Waldes.                  | 03 |
| • Antrag 03 | Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden in Berlin. | 04 |

### 2. Stadtentwicklung, Kultur & Erinnerungspolitik

- |             |   |    |
|-------------|---|----|
| • Antrag 04 | Zukunftsfähige Metropole, statt Freilichtmuseum:<br>Reform des Denkmalschutzes. | 05 |
| • Antrag 05 | Umbenennungen von Straßen unter Berücksichtigung von<br>Ilse Reichel-Koß        | 06 |
| • Antrag 06 | Zukunftsperspektive für die Ausstellung „totgeschwiegen“.                       | 07 |

### 3. Mobilität & Infrastruktur

- |             |   |    |
|-------------|---|----|
| • Antrag 07 | Finanzierung der BVG-Muva-Rufbusse.         | 08 |
| • Antrag 08 | Einführung der bargeldlosen Zahlungsoption. | 09 |

### 4. Bildung & Gesellschaft

- |             |   |    |
|-------------|---|----|
| • Antrag 09 | Einführung von Umfragen zu Problemen in der Ausbildung<br>(bspw. nach dem Vorbild von PraeLab). | 12 |
|-------------|---|----|

### 5. Sicherheit & Rechtsstaat

- |             |   |    |
|-------------|---|----|
| • Antrag 10 | Katastrophenschutz barrierefrei ausbauen. | 13 |
| • Antrag 11 | Strafbarkeit jeglicher Voyeuraufnahmen.   | 14 |

**Antrag 1**

**Antragsteller: Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd**  
**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**  
**der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

**Verpackungssteuer für Berlin einführen.**

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, in Berlin eine Steuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck, sofern Speisen und Getränke darin bzw. damit für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares Take-away-Gericht oder To-Go-Getränk verkauft werden, einzuführen.

Berlin soll sich dabei an den seit 2022 geltenden Regelungen der Verpackungssteuer der Stadt Tübingen orientieren, deren Verfassungsmäßigkeit jetzt in einem Bundesverfassungsgerichtsurteil bestätigt wurden.

**Begründung:**

Die Vermüllung des öffentlichen Raums in Berlin hat zuletzt stark zugenommen. Sie ist zugleich ein ästhetisches und ökologisches Problem. Berlin versinkt im Müll, ohne dass adäquate Lösungen und langfristige Besserung in Aussicht sind. 83 % nehmen Berlin als stark oder sehr stark vermüllt wahr (ALLES IM FLUSS, eine Initiative von wirBERLIN).

Neben schärferen Kontrollen und konsequenter Ahndung von Müllvergehen wünschen sich viele Berlinerinnen und Berliner einen systemischen Wandel, sie fordern eine Gesetzgebung, die das Reduzieren von Abfall den Produzierenden vorschreibt und für Konsument\*innen vereinfacht.

Verstärkt durch die Pandemie sind To-Go-Verpackungen für Speisen und Getränke zuletzt zu einem besonders großen Problem geworden. Gastronomiebetriebe, die entsprechende Verpackungen herausgeben, an der Problemlösung zu beteiligen, ist deshalb eine Möglichkeit diesem Problem entgegenzuwirken.

So sieht es auch der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Berlin und viele andere Städte und Gemeinden. Das Tübinger Beispiel zeige, wie die Steuer erfolgreich die Vermüllung bekämpfe und Abfall vermeide. Sie bringt außerdem zusätzliche Einnahmen für die Stadt, mit denen dann die BSR besser unterstützt werden könnte. Die Mittel für die Berliner Stadtreinigung (BSR) werden für 2025 bei 152 Mio. Euro liegen.

Berlin sollte jetzt so schnell wie möglich Verpackungssteuer für Berlin einführen.

**Kommentiert [JS1]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Erledigung auf dem LPT I/2025.

**Antrag 2**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

**Erhaltung und Pflege des Waldes**

**und folgende Passage in das jeweilige Wahlprogramm für die Wahlen 2026 aufzunehmen:**

Die SPD setzt sich für eine konsequent naturnahe Umsetzung des Gesetzes zur Erhaltung und Pflege des Waldes (LWaldG) und notwendiger Verordnungen unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen und unter Berücksichtigung des Brandschutzes (Anlegen von Löschteichen und Schneisen). Es wird alles dafür unternommen, damit die Berliner Wälder ihrer sozialen und ökologischen Rolle als Erholungsraum und Naturreservat auch für kommende Generationen gerecht werden kann.

**Begründung:**

Die Bedeutung der 29.000 ha Berliner Wald kann gar nicht überschätzt werden. Das Waldgesetz sieht den Wald vorrangig als Erholungswald für die Bevölkerung vor. Eine ökonomische Nutzung ist nicht vorgesehen bzw. sehr nachrangig. Neben der Erholungsfunktion, die einen gesellschaftlich sozialen Faktor darstellt, hat der Wald im Zusammenhang mit Parks und Straßenbäumen eine weitere soziale Komponente. Der Wald stellt eine enorme "Klimaanlage" dar, die damit verbundenen nicht zu tätigen Ausgaben für künstlichen Wärmeschutz sind nicht zu unterschätzen.

Außerdem ist der Wald der größte Süßwasserspeicher, der vor allem dann, wenn der Wasserzufluss in die Spree ab 2035 durch den Tagebau in der Lausitz aufhören wird, massiv an Bedeutung gewinnen wird. Experten gehen davon aus, dass die Spree bis zu 25% weniger Wasser führen wird.

Senken wir also allenthalben die Kosten, überlassen wir den Wald sich selbst und nehmen nur noch die Verkehrssicherungspflicht wahr. Berlin kann hier bundesweite Maßstäbe setzen.

**Kommentiert [JS2]:** KONSENS durch Antragskommission mit Annahme in geänderter Fassung.

**Kommentiert [JS3]:** Ergänzungsänderung: „...und unter Berücksichtigung des Brandschutzes (Anlegen von Löschteichen und Schneisen)“.

**Antrag 3**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

**Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden in Berlin.**

In die Wahlprogramme der SPD für die Abgeordnetenhauswahl in Berlin und die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung in Reinickendorf im September 2026 soll folgende Aussage aufgenommen werden:

Wir wollen Photovoltaikanlagen auf möglichst vielen dafür geeigneten öffentlichen Gebäuden in Berlin errichten. Zusammen mit Batteriespeichern sollen sie einen weiteren Beitrag dazu liefern, dass die Umstellung weg von fossilen Energien hin auf saubere erneuerbare Energien in Berlin gelingt.

**Begründung:**

Auch Berlin ist von dem weltweiten Klimawandel stark betroffen: die Sommer werden immer heißer und trockener, gleichzeitig gibt es aber extreme Stürme und Starkregenereignisse mit erheblichen Umweltschäden. Berlin ist daher im eigenen Interesse gefordert, einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Hier kann die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden ein sichtbares Zeichen setzen. Der Verbrauch von fossiler Energie im öffentlichen Bereich wird hierdurch eingeschränkt. Sinnvoll ist die Verbindung mit Stromspeichern, die es ermöglichen, den während der Sonnenscheindauer produzierten und nicht sofort verbrauchten Strom zu anderen Tageszeiten z.B. für Wärmepumpen oder Wallboxen zu nutzen oder in das öffentliche Netz einzuspeisen.

Ein Beispiel für eine mögliche Photovoltaik-Anlage wäre die Errichtung auf dem Flachdach der neuen Feuerwache Frohnau. Über eine Wallbox könnten mit einem E-Motor betriebene Feuerwehrfahrzeuge und Rettungswagen kostengünstig geladen werden. Das gleiche gilt für andere Feuerwachen oder Polizeistationen, die angesichts ihres Fuhrparks für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen vorrangig in Betracht kämen.

**Kommentiert [JS4]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme.

**Antrag 4**

**Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau**

**Der Kreisvorstand der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
die AG Verantwortung des Landesvorstandes möge beschließen:**

**Zukunftsfähige Metropole, statt Freilichtmuseum: Reform des Denkmalschutzes  
und folgende Passagen in die jeweiligen Entwürfe der Wahlprogramme aufzunehmen:**

**Für das Landeswahlprogramm:**

Wir werden das Berliner Denkmalschutzgesetz reformieren, um eine neue, gerechtere Balance zwischen dem Schutz unseres kulturellen Erbes und den dringenden öffentlichen Interessen Berlins herzustellen. Insbesondere bei gewichtigen Belangen, wie der Sanierung von Gebäuden für die Daseinsfürsorge (z.B. Feuerwehren, Polizeiwachen, Schwimmbädern, Schulen), der Schaffung von dringend benötigtem bezahlbarem Wohnraum und notwendigen Klimaschutzmaßnahmen (z.B. energetische Sanierung) müssen Vorgaben und Abläufe geschaffen werden, die eine zügige Realisierung solcher Projekte ermöglichen und die zusätzlichen Kosten für Denkmalschutz in einem engen Rahmen halten.

**Für das Kreiswahlprogramm:**

~~Wir nutzen den Spielraum auf Bezirksebene, um die Vorgaben des Berliner Denkmalschutzgesetzes pragmatisch auszulegen. Der Fokus liegt dabei auf einer verhältnismäßigen Beschränkung der Denkmalschutz-Vorgaben mit dem Ziel, sowohl Kostensteigerungen als auch Bauzeitverlängerungen insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben in einem sehr engen Rahmen zu behalten.~~

**Begründung:**

Berlin erweist sich in fast allen infrastrukturellen Bereichen als nicht ausreichend für die Zukunft aufgestellt. Investitionen werden derzeit jedoch durch zu weitreichende und in der Fläche zu breit angewendete Denkmalschutzvorgaben ausgebremst. Eklatante Beispiele sind das Paracelsus-Bad oder die Feuerwache Oderberger Straße. Wenn Wohnungsbau und Investitionen in die Zukunft wirklich Priorität haben sollen, wird dies nicht mit dem aktuell existierenden Denkmalschutz-Regime gelingen.

**Kommentiert [JS5]:** KONSENS durch Antragskommission mit Annahme in geänderter Fassung.

**Kommentiert [JS6]:** Änderung der Antragskommission: Entnahme des Absatzes „Für das Kreiswahlprogramm“.

**Antrag 5**

**Antragsteller: Abteilung 12/05 Hermsdorf**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

**Umbenennungen von Straßen unter Berücksichtigung von Ilse Reichel-Koß.**

**Die SPD-BVV-Fraktion in Reinickendorf möge sich dafür einsetzen, dass bei Neu- bzw. Umbenennungen von Straßen bzw. Plätzen die Leistungen der Reinickendorferin Ilse Reichel-Koß (ehem. Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Stadträtin usw.) berücksichtigt wird.**

**Begründung:**

„In der Freien Scholle im Berliner Bezirk Reinickendorf aufgewachsen, schloss Reichel-Koß ihre Schulausbildung im Jahr 1942 mit der Mittleren Reife ab. Ihren beruflichen Werdegang begann sie als Angestellte im Bezirksamt Reinickendorf, später als Sachbearbeiterin im Berliner Magistrat. Ihr politisches Vorbild war Ella Kay, deren Mitarbeiterin sie von 1959 bis 1962 war. Von 1965 bis 1971 war sie als Bezirksstadträtin für Jugend und Sport in Reinickendorf. Von 1971 bis 1981 war sie Senatorin in der Berliner Landesregierung tätig. Dem Abgeordnetenhaus von Berlin gehörte sie noch bis 1989 an.

Ilse Reichel-Koß wurde auf dem Friedhof Tegel „Am Fließtal“ anonym bestattet.

Leistung: Unter ihrer Führung entstand in Reinickendorf der erste Abenteuerspielplatz der Stadt. Im Jahr 1976 eröffnete sie das erste Frauenhaus in der Bundesrepublik in Berlin. Wie kein anderes Mitglied des Berliner Senats unterstützte sie die Bürgerinitiativbewegung, auch durch umfangreiche Förderprogramme für Eltern-Kind-Gruppen (Eltern-Initiativ-Kindertagesstätten), Abenteuerspielplätze und Frauenhäuser.“

Aus: [https://de.wikipedia.org/wiki/Ilse\\_Reichel-Ko%C3%9F](https://de.wikipedia.org/wiki/Ilse_Reichel-Ko%C3%9F); abgerufen: 18.06.2025, 21:10 Uhr.

**Kommentiert [JS7]:** KONSENS durch Antragskommission mit Annahme.

**Antrag 6****Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Reinickendorf****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:****Zukunftsperspektive für die Ausstellung „totgeschwiegen“ auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik sichern.**

Die SPD-Fraktion in der BVV Reinickendorf und die Reinickendorfer Mitglieder der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Zukunftsperspektive der Ausstellung „totgeschwiegen“ auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik gesichert wird. Dazu ist insbesondere erforderlich:

1. Der Zugang zur Ausstellung muss barrierefrei eingerichtet werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die Ausstellungsräume im ersten Stock nicht erreichen können.
2. Bei der Entwicklung einer neuen Nutzungskonzeption für das Gelände und die denkmalgeschützten Gebäude muss sichergestellt werden, dass die Ausstellung am authentischen Ort erhalten bleibt. Die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen Trägerverein und Eigentümer muss fortentwickelt werden.
3. In Abstimmung zwischen Trägerverein, Bezirk und Land ist eine Trägerstruktur zu entwickeln, die der Bedeutung dieses Ortes für die Erinnerungskultur in unserer Stadt gerecht wird.

**Begründung:**

Im Rahmen der sogenannten „T4-Aktion“ wurden Menschen mit Behinderungen, besonders mit intellektuellen Beeinträchtigungen, von der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik über verschiedene Zwischenanstalten in die Tötungsanstalten, besonders auch nach Brandenburg / Havel transportiert und dort ermordet. Nach Ende der „T4-Aktion“ wurden ab März 1942 verstärkt Patienten aus Wittenau direkt in die Heilanstalt Obrawalde „verlegt“ und dort ermordet. Diese Ereignisse wurden ab 1982 von einer Gruppe engagierter Mitarbeiter:innen der Klinik recherchiert und ab 1988 in der Ausstellung „totgeschwiegen“ dokumentiert. Die Ausstellung wurde 2006 überarbeitet und befindet sich seit 2006 in der Trägerschaft von „totgeschwiegen“. Gesellschaft gegen die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen e.V.“. Die Ausstellung wird von der BIM als derzeitige Eigentümerin unterstützt.

Die Ausstellung ist in Berlin die einzige Erinnerung an die „T4-Aktion“ und die nachfolgenden Morde am authentischen Ort; sie ist daher von herausragender Bedeutung für die Erinnerungskultur in Reinickendorf und darüber hinaus für unsere ganze Stadt. Der Trägerverein braucht politische Unterstützung, damit die Ausstellung gesichert und zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann.

**Kommentiert [JS8]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme.

**Antrag 7****Antragsteller: Abteilung 12/18 Märkisches Viertel****Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
der Landesvorstand Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,****die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt möge umsetzen:****Finanzierung der BVG-Muva-Rufbusse.**

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt wird aufgefordert, die Finanzierung der Muva-Angebote langfristig zu sichern, so dass der Service der Muva-Busse weiterhin genutzt werden kann.

**Begründung:**

Der BVG-Muva-Rufbus ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines modernen, inklusiven und barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs in Berlin und sollte daher weiterhin finanziert werden. Das Angebot richtet sich gezielt an Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Seniorinnen und Senioren, Personen mit Kinderwagen oder Gepäck sowie an Fahrgäste, für die der reguläre ÖPNV aufgrund von Ausfällen, langen Wegen oder fehlender Barrierefreiheit schwer nutzbar ist. Mit der Weiterfinanzierung des Dienstes wird sichergestellt, dass diese Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können – ein zentrales Ziel der Berliner Mobilitäts- und Sozialpolitik.

Darüber hinaus überzeugt das System durch seine einfache Nutzbarkeit und soziale Ausgewogenheit: Berechtigte Personen können den Dienst ohne Zusatzkosten in Anspruch nehmen, sofern ein gültiges VBB-Ticket vorliegt. Damit bleibt Mobilität nicht vom Einkommen abhängig. Erste Auswertungen und Berichte zeigen, dass die technische Umsetzung zuverlässig funktioniert und der Service auf große Akzeptanz stößt.

Ein Wegfall der Finanzierung hätte gravierende Folgen. Für viele Nutzerinnen und Nutzer würde die Mobilitätskette im Alltag unterbrochen, insbesondere an Stationen ohne Aufzug oder in Randlagen mit geringem ÖPNV-Angebot. Dies stünde im klaren Widerspruch zu den Zielen der Barrierefreiheit, der sozialen Teilhabe und der Inklusion, die das Land Berlin selbst formuliert hat. Medienberichte verdeutlichen bereits jetzt die Sorge vieler Betroffener, durch eine mögliche Einstellung des Angebots in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt zu werden.

Die Fortführung der Finanzierung des BVG-Muva-Rufbusses ist daher nicht nur eine Frage der Daseinsvorsorge, sondern auch ein deutliches Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und moderner Mobilität. Anstatt das Angebot auslaufen zu lassen, sollte es langfristig gesichert, evaluiert und weiterentwickelt werden – etwa durch eine bessere Integration in digitale Buchungssysteme, eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit und die Ausweitung auf bisher unzureichend erschlossene Gebiete. Nur so kann Berlin seiner Rolle als inklusive, zukunftsorientierte Metropole gerecht werden.

**Kommentiert [JS9]:** KONSENS durch Antragskommission mit Annahme in geänderter Fassung.

**Kommentiert [JS10]:** Änderung der Antragskommission: Adressierung an „Landesparteitag der SPD Berlin“ statt „Landesvorstand der SPD Berlin“.

**Antrag 8**

**Antragsteller: Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd**  
**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**  
**der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,**  
**der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**

**Einführung der bargeldlosen Zahlungsoption für Dienstleistungsbetriebe.**

Die **Berliner** SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, möglichst noch im Jahr 2026 ein Gesetz zur Einführung der bargeldlosen Zahlungsoption für Dienstleistungsbetriebe in dem Bundestag einzubringen.

**Begründung:**

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD von 2025 sieht vor, dass künftig alle Unternehmen mit Kundenkontakt zusätzlich zur Barzahlung mindestens eine digitale Zahlungsoption (z.B. EC-Karte, Kreditkarte, kontaktloses Bezahlen) anbieten müssen, um die Verbraucherwahlfreiheit zu sichern und Steuerhinterziehung zu erschweren.

Noch gibt es weder einen Gesetzesentwurf noch einen konkreten Zeitplan – die Pflicht zur Kartenzahlung ist bisher lediglich ein politisches Vorhaben im Rahmen des Koalitionsvertrags. In der Berliner Gastronomie wird zunehmend die Möglichkeit der Kartenzahlung für den Gast verweigert! Auch in diesem wichtigen Bereich muss die Bundesregierung zeitnah Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen.

**Es geht um eine Verbesserung im Alltag von Dienstleistern durch verpflichtende Kartenzahlungs-Option bei Beibehaltung der Barzahlungsmöglichkeit.**

Die Einführung einer solchen Pflicht würde mehrere zentrale Vorteile mit sich bringen. Erstens würde sie einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung leisten, da digitale Zahlungen automatisch dokumentiert und nachvollziehbar sind. Gerade in bargeldintensiven Branchen wie Gastronomie und Dienstleistungen bestehen aktuell zu viele Schlupflöcher, die eine vollständige und korrekte Versteuerung der Umsätze erschweren. Durch die verpflichtende Annahme von Kartenzahlungen könnten diese Graubereiche deutlich reduziert werden, was zu einem erhöhten Steueraufkommen und mehr Steuergerechtigkeit führen würde.

Zweitens profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger von einer solchen Regelung. Immer mehr Menschen möchten flexibel und bequem bargeldlos bezahlen, sei es mit Karte, Smartphone oder Smartwatch. Die Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr würde gestärkt und der Alltag vieler Menschen erleichtert.

**Kommentiert [JS11]:** KONSENS durch Antragskommission mit Annahme in geänderter Fassung.

**Kommentiert [JS12]:** Ergänzungsänderung durch Antragskommission: „...der Bundesparteitag der SPD möge beschließen.“

**Kommentiert [JS13]:** Änderung der Antragskommission: Streichung des Wortes: „Berliner“.

Wir bitten Euch daher, sich im Bundestag für einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzusetzen, der die Akzeptanz mindestens einer digitalen Zahlungsoption für alle Dienstleister verbindlich vorschreibt – selbstverständlich unter Beibehaltung der Möglichkeit zur Barzahlung. So können wir einen wichtigen Schritt in Richtung Transparenz, Steuergerechtigkeit und Modernisierung des Zahlungsverkehrs gehen.

#### **Mehr Effizienz und Zeitersparnis**

- Die Annahme von Kartenzahlungen beschleunigt den Bezahlvorgang erheblich, da das Hantieren mit Bargeld und das Herausgeben von Wechselgeld entfallen. Das führt zu kürzeren Wartezeiten für die Gäste und ermöglicht es dem Personal, sich schneller wieder dem Service zu widmen.
- Die Kassenabrechnung am Tagesende wird einfacher und schneller, da Kartenzahlungen automatisch erfasst und verbucht werden. Das reduziert Zählfehler und minimiert den Aufwand für die Buchhaltung.

#### **Höhere Umsätze und Spontankäufe**

- Kunden geben nachweislich mehr Geld aus, wenn sie mit Karte zahlen können. Die Möglichkeit zur Kartenzahlung erhöht die Ausgabebereitschaft und fördert Spontankäufe, zum Beispiel beim Kauf zusätzlicher Produkte oder Dienstleistungen.
- Auch ausländische Gäste oder Touristen, die selten Bargeld dabei haben, können problemlos zahlen, was den Kundenkreis erweitert.

#### **Mehr Sicherheit und weniger Risiken**

- Das Risiko von Falschgeld und Diebstahl wird durch weniger Bargeld im Betrieb deutlich reduziert.
- Kartenzahlungen bieten eine Zahlungsgarantie, da die Bonität der Kunden vor Abschluss geprüft wird. Zahlungsausfälle werden so minimiert.
- Alle Transaktionen werden automatisch dokumentiert, was die Buchhaltung vereinfacht, und die Einhaltung steuerlicher Vorgaben erleichtert.
- Die digitale Nachvollziehbarkeit der Umsätze schützt vor Verdacht auf Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung und stärkt das Vertrauen von Kunden und Behörden.

**Höhere Kundenzufriedenheit und Wettbewerbsfähigkeit**

- Kunden erwarten heute flexible und bequeme Zahlungsmöglichkeiten. Wer Kartenzahlung anbietet, steigert die Kundenzufriedenheit und bleibt wettbewerbsfähig.
- Dienstleister, die Kartenzahlung akzeptieren, werden als modern und kundenorientiert wahrgenommen und können sich so von Mitbewerbern abheben.

**Zusätzliche Vorteile**

- Moderne Kartenterminals bieten Funktionen wie die einfache Abwicklung von Trinkgeldern, die weiterhin steuerfrei an das Personal ausgezahlt werden können.
- Die Integration in bestehende Kassensysteme ist unkompliziert, und das Personal kann die Geräte schnell bedienen lernen.

Insgesamt führt die verpflichtende Annahme von Kartenzahlungen zu einem effizienteren, sichereren und kundenfreundlicheren Betriebsalltag für Restaurants und Friseure, während gleichzeitig die Transparenz und Steuerehrlichkeit gefördert wird.

**Antrag 9**

**Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Reinickendorf  
An die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf,  
an den Landesparteitag der SPD-Fraktion:**

**Einführung von Umfragen zu Problemen in der Ausbildung (bspw. nach dem Vorbild von Praelab).**

Die SPD Reinickendorf fordert die SPD Berlin sowie die SPD-Mitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus auf, sich dafür einzusetzen, dass in Berlin verpflichtende Umfragen eingeführt werden. Dabei sollen Daten über die Ausbildungssituation, Probleme in der betrieblichen dualen Ausbildung sowie unterschiedliche Gründe für Ausbildungsabbrüche in Form von Umfragen erhoben und evaluiert werden, nach den erprobten Methoden von Praelab. Dadurch soll die Prävention von Ausbildungsabbrüchen verbessert werden und bestehende Maßnahmen entsprechend angepasst und weiterentwickelt werden.

**Solch eine Umfrageerhebung muss nachfolgenden Kriterien erfolgen.**

- Verpflichtende Durchführung in allen Berufsschulen sowie in der Einstiegsphase betrieblicher Ausbildung, sowie mindestens einmal pro Ausbildungsjahr
- Anonymisierung der Daten
- Erhebung und Auswertung der anonymisierten Daten aus den Screenings, um Trends zu erkennen und politische Maßnahmen zielgerichtet zu gestalten.

**Begründung:**

In Berlin brechen jährlich rund ein Viertel der Auszubildenden ihre Ausbildung ab. Dies führt zu erheblichen Folgekosten für Betriebe, öffentliche Hand und Betroffene. Praelab ist ein wissenschaftlich evaluiertes Verfahren, das frühzeitig Abbruchrisiken erkennt und gezielte Beratung einleitet. Während einzelne Praelab-Elemente in Berlin bereits punktuell umgesetzt werden, fehlt als zentrale Komponente vor allem die Erhebung von Daten, um die allgemeinen sowie möglichen Sektoral-/ oder Regionalspezifischen Gründe für Ausbildungsabbrüche, festzustellen und daraufhin die bestehenden Maßnahmen anzupassen oder weiterzuentwickeln. Daher ist eine faktische Grundlage für den Erfolg entscheidend.

**Kommentiert [JS14]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme.

**Antrag 10**

**Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Reinickendorf**

**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:**

**Katastrophenschutz in Reinickendorf barrierefrei ausbauen.**

Die Sozialdemokratischen Bezirksverordneten werden aufgefordert, sich für den barrierefreien Ausbau des Katastrophenschutzes in Reinickendorf einzusetzen. Dazu gehört die Klärung der folgenden Fragen:

- Sind die Katastrophenschutz-Leuchttürme und Informationspunkte barrierefrei zugänglich?
- Sind die notwendigen Informationen für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen nach dem Prinzip der Zwei-Sinne-Kommunikation verfügbar?
- Wie kann sichergestellt werden, dass Warnmeldungen auch Menschen mit Behinderungen erreichen?
- Wie kann ein Minimum an Mobilität für Menschen Behinderungen gewährleistet werden (z.B. Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung)?
- Wie können schwerbehinderte Menschen evakuiert werden, wenn z.B. der Strom ausfällt?

**Kommentiert [JS15]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme.

**Antrag 11**

**Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf**  
**Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,**  
**der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,**  
**der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**

**Strafbarkeit jeglicher Voyeur-Aufnahmen.**

Eine Frau joggt durch den Park. Nach einiger Zeit bemerkt sie, wie ihr ein Mann mit dem Fahrrad folgt und dabei Fotos und Videos von ihr macht. Sie stellt ihn zur Rede und bringt ihn letztendlich dazu, die Aufnahmen zu löschen. Im Anschluss möchte sie eine Strafanzeige gegen den Mann stellen. Dabei muss sie jedoch feststellen, dass das Handeln des Mannes aktuell keinen Straftatbestand verwirklicht. So ist es vor Kurzem einer Frau passiert, die den Vorfall auf Social Media geteilt hat.

Nach der aktuellen Gesetzeslage ist gem. § 184k StGB nur das Herstellen, Übertragen, Gebrauchen oder zugänglich machen von unbefugten Bildaufnahmen von "den Genitalien, dem Gesäß, der weiblichen Brust oder der diese Körperteile bedeckenden Unterwäsche einer anderen Person" strafbar, "soweit diese Bereiche gegen Anblick geschützt sind". Damit grenzt die aktuelle Rechtslage die Strafbarkeit von voyeuristischen - also heimlichen, oft sexuell motivierten - Bildaufnahmen massiv ein.

Zum einen, weil sie die Strafbarkeit daran koppelt, dass die betroffene Körperregion auf den Bildaufnahmen nackt bzw. nur von Unterwäsche bedeckt sein darf und zum anderen, weil ein durch zusätzliche Kleidung vermittelter Schutz der Körperbereiche überwunden werden muss. Damit sind immerhin das Upskirting (unter den Rock fotografieren) oder das Downblousing (in den Ausschnitt fotografieren) unter Strafe gestellt.

Nicht umfasst sind jedoch solche Aufnahmen, die die bekleideten Körperregionen abbilden, ohne dass dabei die nackten bzw. lediglich in Unterwäsche bekleideten Körperbereiche sichtbar werden. Diese Strafbarkeitslücke ist nicht hinnehmbar. Jede voyeuristische Bildaufnahme stellt einen massiven Eingriff in die Privat- und Intimsphäre der Betroffenen dar. Heimliches Filmen und Fotografieren ist ein Übergriff, der die Betroffenen auch langfristig belasten und zu einem starken Unsicherheitsgefühl beitragen kann.

**Wir fordern daher:**

Jede Form von unerlaubten Bildaufnahmen von den in § 184k StGB genannten Körperbereichen muss strafbar sein. Darüber hinaus ist strafscharfend zu berücksichtigen, wenn eine sexuelle Motivation hinter den Aufnahmen nachgewiesen werden kann. Zudem soll in § 184k StGB „weibliche Brust“ durch „Brustbereich einer Person“ ersetzt werden.

**Kommentiert [JS16]:** KONSENS durch Antragskommission mit Erledigung aufgrund von Annahme beim LPT II/2025.